



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation Patrick Schäfli, SVP: Neues Asylzentrum in Liestal - Verschwendung von Steuergeldern?!**

**Autor/in:** [Patrick Schäfli](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 21. Mai 2015

**Bemerkungen:** als dringlich eingereicht  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Jetzt will der Kanton ein neues Bundesasylzentrum für 350 Asylanten im Oristal in Liestal einrichten. Auf diesem Areal steht heute bereits ein AZO Ausbildungszentrum Oristal, bei dem seit 2008 insgesamt CHF 7,38 Mio. ausgegeben wurden. Die Millioneninvestitionen aus Steuergeldern dienten dazu, den Bevölkerungsschutz und die Ausbildung der Polizei an einem Ort zu zentralisieren und so Synergien zu schaffen. Dies hat sowohl aus Kosten- wie aus Effizienzgründen Sinn gemacht.

Diese Steuergelder sollen nun einfach sinnlos ausgegeben worden sein? Das darf nicht wahr sein. Wenn nun entweder der Kanton Basel-Landschaft oder der Bund hier Steuergelder vernichtet, ist dies skandalös und für uns nicht akzeptabel. Ich erinnere daran, dass gemäss Asylstatistik 75% der Asylbewerber KEINE Flüchtlinge sind, die Anerkennungsquote beträgt gerade mal 25%.

Es stellt sich daher dringlich die Frage, welche Entschädigungen der Bund hier leisten würde bzw. was mit den auf diesem Areal investierten Millionen der Baselbieter Steuerzahlenden passieren soll.

**In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um dringliche Beantwortung der folgenden Fragen:**

1. Warum kommt der Bund auf diesen Standort für ein neues Asylzentrum?
2. Hat der Kanton Basel-Landschaft den Bund auf diesen Standort aufmerksam gemacht und wenn ja, warum?
3. Hat die Baselbieter Regierung diesbezüglich die Polizei bzw. den Bevölkerungsschutz rechtzeitig und vorzeitig darüber informiert und was war die Stellungnahme dieser Organisationen?
4. Muss das AZO dem neuen Asylzentrum weichen und wenn ja, welche Kostenfolgen entstehen dabei für unseren Kanton bzw. für den Bund?
5. Wie stellt sich die Regierung das Funktionieren einer AZO neben/bei einem Asylzentrum des Bundes vor?
6. Ist der Regierungsrat BL bereit, sich gegen diese mutmassliche Vernichtung von Steuergeldern einzusetzen?
7. Welche Massnahmen ergreift die Regierung BL bezüglich der schwierigen Standortsituation an dieser Stelle?
8. Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht die Baselbieter Regierung diesbezüglich? Wer bezahlt dem Baselbiet die Kosten zurück?
9. Selbst wenn der Bund aus Steuergeldern die investierten Kosten zurückzahlen würde, ist dies eine Vernichtung von Steuergeldern. Wie stellt sich die Baselbieter Regierung dazu?
10. Welche konkreten Abklärungen hat der Regierungsrat vorgängig getroffen?

Für eine dringliche Beantwortung meiner Interpellation danke ich der Regierung bestens im Voraus.